



maulwurf

DIE RUHE AM KV IST NUR OHNE RUEGG GEWAHRLEISTET?

Es ächzt und knirscht seit einiger Zeit im morschen Gebälk der kaufmännischen Berufsschule. "Was nur mit einer kleinen berechtigten Forderung begann, hat sich zu einer schweren Vertrauenskrise ausgeweitet" (W. Müller, ZN 1.5.74).

Obwohle Aufsichtskommission (AK) und Schulleitung heute emsig versuchen, aus der ganzen Krise einen "Einzelfall Rüegg" zu konstruieren, geht sowohl aus dem "offenen Abschiedsbrief" von Lehrer Willy Müller ("denn die Atmosphäre war für mich unerträglich geworden") wie auch aus dem Kündigungsschreiben von Lehrer Stutzer klar hervor, dass hinter der KV-Kulisse einiges faul ist. Stutzer stellte fest, dass es für Lehrer mit eigener Initiative keinen Platz hat am KV.

Die Kapitalsünden von Edwin Rüegg

Aus den diversen spitzfindigen Anschuldigungen gegen Rüegg, welche im Pressecommuniqué der AK vom 10.6. aufgeführt sind, lassen sich drei "Hauptverbrechen" Rüeggs herauskristallisieren:

1. Rüegg organisierte Versammlungen der Lehrer, um über gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu diskutieren. Dass dabei weder die Schulleitung noch die AK eingeladen wurde, ist zweifellos richtig, im Sinne einer Vorbeuge gegen Spaltertaktik und gezielte Repression.
2. Nach langen fruchtlosen Verhandlungen erkannte Rüegg richtigerweise die Notwendigkeit von Kampfmassnahmen wie Streik, welche Rektor Stöckli "gar nicht angebracht" findet.
Rüegg durchbrach das Meinungs- und Informationsmonopol der Schulleitung, indem er die Schüler informierte und die AK in einem Zeitungsinterview (TAT vom ...) öffentlich kritisierte.

Damit wird klar, was die AK unter "mangelnder Loyalität" versteht: Das "unloyale" Verhalten Rüeggs (loyal= treu, ergeben) bestand darin, dass er die Forderungen der Lehrerschaft durchsetzen wollte, nachdem die AK vor dem Regierungsrat kapituliert hatte und dass er zu diesem Zweck zumindest ansatzweise von demokratischen Freiheiten Gebrauch machte, indem er auf das Versammlungs- und Organisationsrecht und auf das Recht auf freie Meinungsäusserung zurückgriff. Wenn die AK ihm diese Rechte abspriecht, so will sie verhindern, dass die Lehrer ihre Interessen vertreten können und vor allem, dass die Lehrlinge praktischen Unterricht in der Verwendung demokratischer Rechte zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen kriegen.

Ich möchte die Jugendzeitung «maulwurf» abonnieren
 mit euch diskutieren

Name _____ Adresse _____

Ort _____ Telefon _____

maulwurf, Jugendkreise der Revolutionären Marxistischen Liga

Einsenden an: Maulwurf, Postfach 1155, 6300 Zug

Maulwurf-Kreise in:

Aarau, Baden, Basel, Bern,
Biel, Freiburg, Genf,
Delsberg, Lausanne, Luzern,
Neuenburg, Olten,
Solothurn, Lugano, Vevey,
Yverdon, Zug, Zürich



Merke: An einer Schule, wo von "Loyalität" die Rede ist, können die demokratischen Rechte (freie Meinungsäusserung, Recht auf Informationen und auf politische Organisation etc.) nicht gewährleistet sein. Beide schliessen sich gegenseitig aus.

Prorektor Breitenmoser: "Bei uns kann jeder sagen was er denkt"

All die Sprüche und Floskeln der Schulleitung über Demokratie, Neutralität und Meinungsfreiheit an der Berufsschule können uns nicht darüber hinweg täuschen, dass elementare demokratische Rechte von uns Lehrlingen nicht oder nur ungenügend gewährleistet sind.

Die Schule behauptet von sich "neutral" zu sein. Deshalb bestimmt auch die Schulleitung selbstherrlich, was "objektiv" ist und was nicht. So "informiert" uns Rektor Stöckli einfach, wenn er über den "Fall Rüegg" spricht. Gibt aber Lehrer Rüegg vor der Klasse seine Stellungnahme bekannt, ist es "Aufstachelung". Hängt Rektor Stöckli einen Werbezettel über einen Jungschützenkurs ans Wandbrett, ist dies "Information", will jedoch der Maulwurf eine Fotoausstellung über die portugiesische Kolonialpolitik zeigen (Juni 73), oder eine Wandzeitung über den Leistungslohn (April 73), so ist dies "einseitig" und wird verboten.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass AK und Schulleitung sauer reagierten, als Rüegg uns über die Hintergründe der Unzufriedenheit der Lehrer und deren kämpferische Absichten informierte. Die Lehrer werden ja schliesslich nicht bezahlt, um uns so dummes Zeug wie Streiken und Demonstrationen beizubringen!

Im Grunde genommen muss es uns aber äusserst bedenklich erscheinen, wenn wir Lehrlinge nicht einmal über Fragen informiert werden, die in erster Linie uns unmittelbar betreffen. "Schliesslich betrifft es in erster Linie uns Lehrlinge, wer uns ausbildet und was für eine Ausbildung wir bekommen (Flugblatt der KV-Lehrlinge "Es tut sich was am KV").

Der Hinterhaltsschuss von Julius

War es für die Schulleitung schon ärgerlich genug, dass die KV-Ungereimtheiten ans Tageslicht der Oeffentlichkeit sickerten, so wurde es für sie direkt ungemütlich, als die KV-Lehrlinge begannen sich zu organisieren, indem sie eine Vollversammlung einberiefen und Kampfmittel wie Streik und Kundgebung in Erwägung zogen. Als sogar das unermüdliche "Aufklären" von Rektor Stöckli bei den Schülern keinen grossen Erfolg zeitigte, trat in Person des Julius (= César Rossi = Chefredaktor der ZN) eine neue Schachfigur des Bürgertums aufs Spielfeld. Julius spannte einen seiner subversivsten Giftpfeile auf den Bogen. Sein Ziel war klar: die drohende breite Mobilisierung der KV-Lehrlinge zu bremsen. Dazu wandte er einen uralten Trick an: Den Teufel (=Kundgebung) mit dem Belzebub (=Maulwurf) auszutreiben.

So erschien am Freitag vor der Kundgebung ein Artikel auf der Titelseite der ZN, in welchem nebst faustdicken Lügen über den Maulwurf, Julius versuchte, die ganze Mobilisierung der KV-Lehrlinge als Intrigenspiel des Maulwurfs darzustellen. Und Julius erreichte, was er wollte, nämlich, dass viele Stifte aus Angst, als "Wühlmaus" eingestuft zu werden, nicht an der Kundgebung teilnahmen.



Hohnlächeln kann Rossi am 12.6. schreiben: *Die Kundgebung vom Samstagnachmittag nahm einen kläglichen Verlauf. Und die AK liefert scheinheilig ihre Interpretation (Pressecommuniqué 10.6.) dazu: Erfreulich ist, dass der Grossteil der Schüler eine erstaunliche Reife und Urteilsfähigkeit bewies und die demagogische Haltung von Herrn Rüegg von Anfang an durchschaute.*

Auch wenn die Schulleitung noch so beteuert, dass wir keine Angst vor Repressionen zu haben brauchen, zeigt doch ein kürzliches Beispiel am KV Zürich, dass Furch vor Repressionen nicht unbegründet sind: Einen KV-Stift, Mitglied des KV Komitees Zürich, hetzte Rektor Märki die Polizei ins Lehrgeschäft um her zu finden, ob dieser Stift gar im Maulwurf sei. In einem Brief an die Eltern des Lehrlings drohte der Rektor, ihn nicht zur Abschlussprüfung zuzulassen, wenn er nicht sofort jegliche politische Betätigung aufgebe.

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Berufsschule weder gewillt ist, sich das Informationsmonopol nehmen zu lassen, noch zulässt, dass sich fortschrittliche Lehrer und Lehrlinge zur Wahrnehmung ihrer Interessen organisieren, dass sie auch nicht zusehen will, wenn sich Lehrlinge politisieren und erkennen, welche Interessen sich hinter dem "neutralen" Deckmäntelchen der Berufsschule verbergen. Die Beispiele zeigen aber auch, dass das Bürgertum alle Fabel, inklusive ihrer Presse in Bewegung zu setzen weiss, wenn es die Notwendigkeit erfordert und dass es bei Bedarf auch nicht vor Repressionen zurückschreckt.

Deshalb musste auch Rüegg, sicher einer der besten Lehrer und beileibe kein "Revolutionär" über die Klinge springen. *Sie (die AK) war zum Schluss gekommen, dass sie es nicht weiter verantworten könne, Herrn Rüegg junge, angehende Kaufleute zur Ausbildung anzuvertrauen (ZT 12.6.).*

Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Kreditanstalt und Konsorten

Wenn im Kündigungsschreiben von Rüegg steht: *Es scheint uns eine der kaufmännischen Berufsschule dienende fruchtbare Zusammenarbeit nicht mehr möglich, so ist die sicher zutreffend. Wir erkennen daraus, dass die Interessen der Berufsschule nicht die gleichen Interessend sind, wie diejenigen von uns Lehrlingen. Hinter dem Feigenblatt der 'Neutralität' und 'Objektivität', welches uns die Schule so gerne entgegenstreckt, verbergen sich die Interessen der Unternehmer. Es ist kein Zufall, dass sich die AK aus drei Mitgliedern der bürgerlichen Behörden (Senn, Pohmann, Baumeler) und vier KV-Vertretern (Bollmann, Kluser, Wiser, Baumann) zusammensetzt, alles Personen, die auf Grund ihrer beruflichen Positionen und ihrem politischen Engagement (!) als zuverlässige Lakaien der herrschenden Klasse bezeichnet werden können.*

So hat die Berufsschule heute drei Funktionen:

1. Sie soll uns das nötige Fachwissen, dass wir für unsere spätere Berufsausbildung brauchen, beibringen.
2. Sie soll ins mittel Fächer wie Staatskunde und Wirtschaftskunde ideologisch in unser Wirtschaftssystem integrieren.
3. Sie soll uns Disziplin und Gehorsamkeit beibringen.

Die Schmalspurbildung an der Berufsschule

Die Ausbildung an der Berufsschule ist auf Schmalspur eingestellt: Der Schwerpunkt liegt auf der Fachausbildung, die 'allgemeinbildenden' Fächer, wie sie an den Gymnasien gelehrt werden, sind uns Stiften weitgehend vorenthalten. Der Stoff ist in den meisten Fällen trocken und sehr gedrängt, lässt keine Zeit für Diskussionen offen.

Dafür wird in den wenigen "allgemeinbildenden" Fächer wie Wirtschafts- und Staatskundeunterricht die bürgerliche Ideologie faustdick aufgetragen. Hier in der staatsbürgerlichen Erziehung bietet sich der Lehrerschaft eine nicht wiederkehrende Gelegenheit, die Jugend zur Vaterlandsliebe zu erziehen und sie gegen alle Einflüsterungen, die unsere Freiheit und Unabhängigkeit bedrohen, zu wappnen. (Aus dem Staatsverwaltungsbericht des Kantons Luzern).

Wer würde den Braten nicht riechen: Ein wesentliches Ziel der bürgerlichen Ausbildung und Erziehung ist es, dass wir uns mit "marxistischen Wühlmäusen" ja nie in eine Diskussion einlassen. Dabei dient der degenerierte, bürokratische Sozialismus der Sowjetunion als bequemes Argument (Geht doch nach Moskau!).

Der Kampf geht weiter

Viele unter uns werden nun, nachdem Edwin Büeggs Abgang feststeht, das Gefühl haben, dass unser Kampf vergebens war und nun verloren ist. Wir glauben jedoch, dass es in der ganzen Auseinandersetzung um weit mehr geht, als nur um die Person Büeggs. Es geht um die Erkämpfung der elementarsten demokratischen Rechte für fortschrittliche Lehrer und Lehrlinge. Und in dieser Hinsicht haben wir als Lehrlinge bereits einen nicht unbeträchtlichen Erfolg errungen: Wir haben durch unsere direkte Aktion (Vollversammlung, Pressekonferenz, Kundgebung) die Schulleitung zu einer "klaren" Antwort gezwungen, klar insofern, als sich die Schulleitung erstmals deutlich als Interessensvertreterin des Bürgertums zu erkennen geben musste,

Deshalb muss unser Kampf für die demokratischen Rechte weitergehen:

- Freie politische Meinungsäußerung in Wort und Schrift für alle Lehrer und Schüler!

- Für ein unzensuriertes Wandbrett!

Jeder Lehrling soll das Recht haben, am Wandbrett Plakate, Artikel etc. aufzuhängen. Ohne Zensur des Rektors! Ohne Namensangabe, wenn er Angst vor Repressionen zu haben braucht.

- Vetorecht der Lehrlinge bei Lehrerwahl und Lehrerentlassungen!

Wir wollen das Recht, an unseren Vollversammlungen selbst zu bestimmen, welche Lehrer unseren Anforderungen entsprechen und welche nicht.

- Ausbau des Unterrichts auf zwei Schultage pro Woche!

Am 2. Schultag wollen wir die Möglichkeit haben, unter verschiedenen Wahlfächern (z.B. Geschichte, Psychologie, Kunst, Musik etc.) die uns zusagenden Fächer selbst zu wählen. Wir fordern auch das Recht, zusätzliche Wahlfächer selbst zu bestimmen und auch auswärtige Referenten für Vorlesungen einzuladen.

- Marxismus an die Schulen!

Der Marxismus soll nicht weiter vom Unterricht ausgeschlossen bleiben! Zulassung auch von marxistischen Lehrern an die Berufsschule!

Dies sind natürlich nur ein Teil unserer Forderungen, welche sich - das müssen wir uns im klaren sein - gegen die Interessen der Unternehmer richten. Damit wir diese Forderungen durchsetzen können, ist es notwendig, dass wir uns in Zusammenarbeit mit den fortgeschrittensten Arbeitern, organisieren und den Kampf weiterführen.